Information zum Datenschutz beim Versand des Unterstützungsangebots in Fragen der Vaterschaft und des Unterhalts der Landeshauptstadt Magdeburg (Datenschutzerklärung)

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte im Rahmen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der Ihnen nach dem Datenschutz zustehenden Rechte.

1. Datenschutzhinweis Angebot von Beratung, Unterstützung

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII in Angelegenheiten der Vaterschaft und des Unterhalts (§ 52a SGB VIII) werden von der Landeshauptstadt Magdeburg Daten erhoben, gespeichert und verarbeitet.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist die Landeshauptstadt Magdeburg – Die Oberbürgermeisterin – Team 51.56 Vaterschaft, Unterhalt, Beurkundung, Julius-Bremer-Straße 8-10, 39104 Magdeburg, E-Mail: matthias.brink@jga.magdeburg.de, Tel. Behördennummer 115 oder +49 391 540 2442.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Der/die behördliche Datenschutzbeauftragte ist unter: Landeshauptstadt Magdeburg; Amt für Statistik, Wahlen, Digitalisierung; Datenschutzbeauftragter; Julius-Bremer-Straße 10; 39104 Magdeburg oder per E-Mail unter: Datenschutzbeauftragter@stadt.magdeburg.de Telefon/Behördennummer 115 zu erreichen.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Daten werden erhoben, um das Angebot zu versenden, Beratung und Unterstützung bei der Vaterschaftsfeststellung und zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen zu leisten (§ 52a SGB VIII).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Nach §§ 67a ff SGB X und §§ 61 SGB VIII unterliegen Sozialdaten dem besonderen Sozialdatenschutz. Die Daten werden nicht an andere Personen oder Organisationen weitergegeben.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten müssen solange gespeichert werden, wie sie für die Bearbeitung der Aufgaben notwendig sind. Die Daten des Beratungsangebots werden maximal 1 Jahr aufbewahrt.

7. Betroffenenrechte für natürliche Personen

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Landeshauptstadt Magdeburg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg, Postfach 1947, 39009 Magdeburg.

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind auf der Grundlage der §§ 67a ff SGB X und §§ 61 ff SGB VIII in Verbindung mit § 52a SGB VIII verpflichtet, die Daten zur Verfügung zu stellen.

Erläuterung der Abkürzungen

SGB - Sozialgesetzbuch

BGB – Bürgerliches Gesetzbuch

DSGVO – Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union